



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ulstein, Fernsprech-Zentrale Ulstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686-3698. Telegramme: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) i. V. K.-W. Philipp, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 69, Kostrabe 22-26

10 Pf. ^(Anwärter) 15 Pf. - Nr 189

MITTWOCH, 20. APRIL 1932

MORGEN-AUSGABE

Brüning bleibt länger in Genf

Die bedeutungsvollen Verhandlungen des Reichskanzlers

Die Entwicklung der Genfer Verhandlungen in den letzten Tagen hat gezeigt, daß die Oesprüche des Reichskanzlers mit dem englischen und dem amerikanischen Außenminister sowie die kommenden Verhandlungen mit dem französischen Ministerpräsidenten Lardieu und mit dem englischen Ministerpräsidenten MacDonald eine politisch sehr schwerwiegende Vorbereitung der Reparationskonferenz von Lausanne bedeuten. Unter diesen Umständen wird der Reichskanzler

seinen Aufenthalt in Genf erheblich verlängern müssen, und es ist anzunehmen, daß er noch bis Ende der nächsten Woche in Genf bleibt.

Ursprünglich beabsichtigte der Reichskanzler zu den Bahnen am Sonntag nach Berlin zurückzukehren. Auch unter den jetzigen Umständen wird er auf die Ausübung seines Wahlrechts nicht verzichten und wird sich voraussichtlich am Sonntag nach dem letzten preussischen Absehung am Podenitz begeben, um dort zu wählen.

Dokumente

Am besten, man läßt die Tatsachen für sich sprechen: Am 14. April empfängt Hitler drei Vertreter der englisch-amerikanischen Presse: Gelson Delmer, den Berliner Korrespondenten des "New-York-Journals", der den "Daily Express" und den "Evening Standard" herausgibt; Knickerbocker, den Korrespondenten der "New York Evening Post", in Deutschland bekannt und gefehßt durch seine illustrierten Bücher über Sowjetrußland; Howzer, den Korrespondenten der "Chicago Daily Tribune", der ebenfalls durch ein ungewöhnlich kulturreiches Buch über Amerika aus bei uns meist über die engere Pressekreise bekannt ist. Währenddessen wird dieser Journalisten kennt Hitler persönlich. Gelson Delmer hat ihn auf seinem Deutschland-Flug als einziger nicht-nationalsozialistischer Journalist begleitet und sich für den agitatorischen Inhalt dieser Bereisere heftig begeistert. Knickerbocker hat ihm in München interviewt und seine Unterredung mit ihm in einem mündlichen nicht unfreudlichen Weise in seinem Buch "Deutschland — so oder so?" niedergelegt.

Am gleichen Tage erscheint im "Evening Standard", also offenbar von Gelson Delmer verfaßt, ein Bericht über diese Unterredung. Danach hat sich Hitler über das Verbot der S.M. unter anderem folgendermaßen geäußert:

"Ein Grund für das Verbot, für den es allerdings keine Beweise ist, das das amerikanische Pressebüro gewesen. Der französische Ministerpräsident hat einen Druck gegen den Chefredakteur des "Berliner Tageblatt" hellen, dessen Zeitung, genau wie alle anderen nicht-nationalsozialistischen Organe, die verurteilungsbedürftige Behauptung Hitlers wiedergeben und entsprechend kritisiert hatte."

Nach am denselben Tage nimmt die Regierung amtlich zu dieser Behauptung Hitlers Stellung. Sie erklärt, daß diese Behauptung vollkommen erfunden ist und lediglich den Zweck verfolgt, die Reichsregierung zu verächtlichen und ihr Ansehen im Inland und Ausland herabzusetzen."

Am 16. April kommt dennoch der "Billiche Beobachter" das Schildwort seines Führers wieder auf. Er ruft über alle seine sechs Spalten hin — die "Wossifische Zeitung" hat ein Fassettin davon wiedergegeben —: "Die S.M.-Auflösung war Frankreichs Wunsch."

Was dahin ist, wenn man will, alles "in Ordnung", in der Ordnung wenigstens, die man von Hitler und die Nationalsozialisten erwarten kann. Was nun geschieht, ist einzigartig.

Am 17. April veröffentlicht Hitler gleich alle Erklärungen: In der einen kündigt er an, er werde ein Disziplinarevergehen gegen sich beantragen. In der zweiten, er wolle einen Strafverbot gegen den Chefredakteur des "Berliner Tageblatt" hellen, dessen Zeitung, genau wie alle anderen nicht-nationalsozialistischen Organe, die verurteilungsbedürftige Behauptung Hitlers wiedergeben und entsprechend kritisiert hatte."

In der ersten Erklärung heißt es zu der Behauptung, die Auflösung der S.M. sei auf französischen Druck hin erfolgt:

"Da diese Behauptung geeignet ist, den Anschein zu erwecken und von der Ansicht aus, daß sie angebracht wird, als ob Adolf Hitler seine Pflichten als deutscher Staatsbürger nicht, hat jetzt unter Führung selbst durch Reichsminister Dr. Brüning den Antrag auf Einleitung eines Disziplinareverfahrens gegen sich bei der braunbewegten Einsetzung der Staatsregierung gestellt und für die Dauer des Verfahrens seine Suspendierung von den Amtspflichten beantragt."

Adolf Hitler hat eine solche Erklärung niemals abgegeben."

Hitler hat, obwohl er von seiner Befreiung zum Regierungszustand freiwillig verhandelt, es werde sich um keine Suspendierung handeln, sondern es wolle seine Beamtenpflichten gewissenhaft erfüllen, nach keine Bestrafung in der Braunbewegten Bestrafungsfähigkeit, der er pro forma zugeteilt ist, nicht geben. Sein Antrag, sich von der Ausübung der Pflichten, die er erfüllt hat, suspendieren zu lassen, verlegt also neben den Zweck, den Braun nicht feindlichen Veröffentlichungen ebenso "legal" zu machen, wie sein übriges Treiben.

In der zweiten Erklärung, in der Hitler den Humor besitzt, gleichzeitig um Erhebung der öffentlichen Klage gegen den Chefredakteur des "Berliner Tageblatt" nachzuweisen, findet sich als Herzstück die folgende Bemerkung, die die schwere Aufgabe erfüllen soll, die unermessliche Abwertung des Führers mit der eigenen feindseligen Behauptung in Einklang zu bringen:

"Nebenbei bemerkt, daß unter Führer jederzeit in der Lage ist, darzutun, daß er eine solche Behauptung

Reichstag Anfang Mai?

Ältestenausschuß einberufen

Der Ältestenrat des Reichstages ist für Dienstag, den 26. April, nachmittags 5 Uhr, einberufen worden, um den Termin der nächsten Reichstagsöffnung festzusetzen.

Da große Parteien den Wunsch haben, daß der Reichstag bald zu einer wenigstens kurzen Tagung zusammentritt, rechnet man in parlamentarischen Kreisen damit, daß der Ältestenrat die Einberufung des Reichstages für die ersten Mai-Tage beschließen wird. Arbeitshoff ist aus den Ausschüßberichten der letzten Monate in reichem Maße vorhanden. Dagegen wird der

Etat für 1932 dem Reichstag bei dieser Tagung noch nicht vorliegen. Nach den Dispositionen wird der Etat dem Reichstag erst Ende Mai vorgelegt werden können.

Ende Mai oder Anfang Juni beginnt dann die große Sommererregung des Reichstages. Da die vorläufige Etatregelung am 30. Juni abläuft und das neue Haushaltsjahr am 1. Juli beginnt, fassen dem Reichstag für die Etatberatung nur vier Wochen zur Verfügung. Es wird erheblicher Anstrengungen bedürfen, um die Beratung in diesem kurzen Zeitraum durchzuführen. Es wird deshalb zwischen erster und zweiter Lesung des Etats ausfall eine Unterredung in den Plenarverhandlungen eintreten. Man wird vielmehr Ausschuß und Plenarberatung des Etats nebeneinander laufend durchzuführen müssen.

Höltermann wieder bei Groener

Die hatlosen Angriffe gegen das Reichsbanner

Reichsbannerminister Groener empfang gestern abends den Bundesführer des Reichsbanners Karl Höltermann, um die Durchsetzung des vom Reichsbanner eingeleiteten Abbaus der Sonderorganisationen zu erörtern.

Ein eingehendes wird erklärt, daß der von der Reichsregierung besonders angegriffene "Rechnische Führer" — eine kleine Bewegung, die seit längerer Zeit im Buchhandel käuflich ist — vor seiner Verbreitung sämtlichen deutschen Regierungen u. a. auch dem Reichswehr- und Reichsinnenministerium, übergeben und nirgendwo beanstandet worden ist. Die Behauptung, daß das Waldenburger Reichsbanner mit Späten und Beispielen ausgestattet worden ist, beruht darauf, daß jenseitig infolge der Schwärzungsfahrt der Oberpräsident selbst diese Ausstattung gemindert hat. Mit den "antifaschistischen Schutzaufstellungen" hat das Reichsbanner niemals etwas zu tun gehabt.

Weiter wird daran erinnert, daß das Reichsbanner während des Reichspräsidentenwahlkampfes Einfluß bei der Reichskanzler, für die Reichs- und Staatsminister sowie auf Veranlassung der Sinesburg-Ausschüsse aus für den Bundesführer Oerze, den sozialparteilichen Abgeordneten Oigel, den konservativen Führer Graf Schwarz, den Volksparteiler von Radobitz, die Oberst a. D. Schwedebler und für Minister Schlangensiefen haben. In einem Falle hat das Reichsbanner sogar auf Unterstützung Einfluß bei einer Veranlassung des Jugend ausgeben müssen und wiederholt auch bei Veranstaltungen der Volkspartei.

Drei Tage und Stunden von Berlin — allein in dem Berlin sind es 112 — geben Zeugnis von dem Opfermut, mit dem das Reichsbanner seine Pflicht als Getreue der Republik erfüllte.

Das Alibi der Reichsregierung

Die Regierung von Waldenburg-Strelich hat durch ihre "Bescheiden" in Berlin an die Reichsregierung den Antrag gerichtet, das Reichsbanner im gesamten Reichsbereich zu verbieten. Dem Antrag haben sich angeschlossen: Braun, Schwede, Thüringen, Sachsen und, wie man hört, die Waldenburg-Schwernia. Dieses Vorgehen dient offenbar in den meisten Fällen dem Zweck, diesen Väterorganisationen eine Abwendung gegen Vorwürfe ihrer parlamentarischen Stützen zu veranlassen. Ein neuer Beweis für die dringende Notwendigkeit einer Reichsreform, die der Parlamentarismus an anderthalb Dutzend verschiedenen Stellen ein Ende macht und

die Selbstverwaltungskörper auf die eigentlichen Aufgaben befristet.

In die deutsch-nationalen und nationalsozialistischen Väterfront haben sich die baltischen Kommunisten eingegliedert, die in ihrem Vortage beantragten, neuen Schicksal und Abwertung auch das Reichsbanner aufzulösen. Diese kompromittierende Unterzeichnung ist über selbst der kommunistischen Zentrale etwas peinlich. Sie läßt erklären, sie halte dieses Vorgehen ihrer baltischen Genossen für einen "ersten politischen Fehler", der "bereits korrigiert" ist. Die Aufgabe der kommunistischen Partei liege nicht, "vom bürgerlichen Staat das Verbot des Reichsbanners zu verlangen", sondern "die Massen der Reichsbannerarbeiter von ihren sozial-faschistischen Führern loszureißen".

Die baltischen Kommunisten haben den Tadel ihrer Parteigenossen verdient: sie haben mit allen offeneren Rarten gegen und damit die Wohlwollenden in Preußen gefehßt. Die Zentrale der R.P.D. wird aber mit ihrer Vorkriegsregelung der Väter nur den Bierwurm vermehren, den ihre Taktik der Brügnigung des Nationalsozialismus angeht hat.

Brauns Reichsausschichtsbericht

Sonnabend 7½ Uhr im Rundfunk

Ausgehend von dem Standpunkt, daß im Volkstaat die Staatsbürger vor der Wahl Anspruch darauf haben, einen Reichsausschichtsbericht der amtierenden Regierung zu erhalten, wird, wie der Amtliche Preussische Presseblatt mittelt, Ministerpräsident Dr. Brauns am Sonnabend, den 23. April, 7.30 Uhr, über sämtliche preussischen Sender über die Arbeit der Preussischen Staatsregierung in den Jahren 1928 bis Anfang 1932, also bis zum Schluß der Legislaturperiode des jetzigen Landtags, sprechen.

Spanisches Minister-Attentat

MADRID, 19. APRIL

Am Dual von Sevilla verurteilte ein Gewerkschafter einen Anschlag gegen den Innenminister Calvo Sotelo. Der Attentäter hatte sich mit einem Bergwerk befreundet und wollte auf den Minister einschlagen. Er wurde von der Polizei verhaftet.